

Zwei Lager in der Wehrdienstfrage

Die Debatte der Evangelischen Synode / Gollwitzer gegen Gerstenmaier

Espekkamp, 11. März (dpa/epd/AP). Die mit großer Spannung erwartete Debatte der Generalsynode der Evangelischen Kirche über die mit dem Wehrbeitrag und der Kriegsdienstverweigerung verbundenen politischen Tagesfragen hat am Donnerstag starke Gegensätze unter den Synodalen aufgezeigt. Ein einleitender Bericht des am Mittwoch auf der Synode eingesetzten „Ausschusses für öffentliche Verantwortung“ bemerkt, daß bereits in seinen Verhandlungen die sachlichen Gegensätze über die das ganze deutsche Volk bewegende Eingliederung in ein westliches Verteidigungssystem zum Vorschein gekommen seien. Der Sprecher des Ausschusses sagte, es sei bei den Beratungen klar geworden, daß im Bundesgebiet evangelische Christen in beiden Lagern stünden. Diese Spaltung müsse als eine echte und ernste Not für die Kirche empfunden werden. Der Ausschuß sei einhellig der Meinung, daß bestimmte politische Auffassungen und Ziele nicht als „christliche“ zu bezeichnen seien. Der Ausschuß habe sich aber dem Antrag des Pfarrers Sauer (Geisenheim) nicht angeschlossen, der die Synode in einer Eingabe gebeten hatte, die politischen Parteien aufzufordern, in ihrem Namen das Wort „christlich“ zu streichen.

Der Ausschuß schlug der Synode vor, ein Komitee zu bilden, das sich mit dem Problem des Rechtsschutzes der Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen befassen soll, und beauftragte den Rat der Evangelischen Kirche, die Aufnahme einer Schutzbestimmung für Kriegsdienstverweigerer in die Verfassung der Sowjetzone bei der Ost-Berliner Regierung zu beantragen.

Der Bonner Theologieprofessor Gollwitzer erklärte in der Aussprache, nachdem Bischof Dibelius den Darmstädter Pfarrer Mochalski getadelt habe, müsse er daran erinnern, daß Bundestagspräsident Gerstenmaier in einem Briefdienst des evangelischen Arbeitskreises der Christlich-Demokratischen Union dem Schweizer Theologieprofessor Karl Barth einen „aller Liebe baren Vorbehalt gegenüber Deutschland“ vorgeworfen habe. Das mache es undenkbar, so habe Gerstenmaier geschrieben, Barth den Deutschen als Lehrer und Prophet vorzustellen. Barth handle aus Feindschaft gegen die Union und ihren Vorsitzenden Dr. Adenauer. Gollwitzer bezeichnete diese Ausführungen als eine böse Sache und drückte sein Bedauern über die auch in der Sache bedauerlichen Ausführungen Gerstenmaiers aus. Einen Sturm gegen die politisierenden Theologen, sagte Gollwitzer, habe es immer nur dann gegeben, wenn diese Theologen die linke Opposition befürworteten. Gollwitzer, der zu den Mitgliedern des Ausschusses für öffentliche Verantwortung zählt, warnte vor den Konsequenzen einer Wiederbewaffnung beider Teile Deutschlands. Wenn der deutsche Arbeiter, der die Wiederbewaffnung zum größten Teil ablehne, nicht noch andere Stimmen höre als die der Christlich-Demokratischen Union, hätten die Bemühungen der Kirche um den Arbeiter einen schweren Rückschlag erlitten.

Die rechte Mitte finden

Auch in der weiteren Diskussion zeigte die Stellungnahme der verschiedenen Redner die Gegensätze an, die schon im Ausschuß zutage getreten waren. Bischof Haug (Stuttgart) meinte, die Kirche müsse die rechte Mitte finden. Jedoch gehe er mit Gollwitzer einig, keinen falschen Rückzug aus der politischen Ver-

antwortung anzutreten. Es sei aber wohl nicht deutlich geworden, daß es der erste Auftrag der Kirche sei, jeden Menschen zu Gott zu rufen.

Der Leiter der Hochschule für Politik in Berlin, Professor von der Gablentz, sagte, die Diffamierung der anderen Meinung sollte unterbleiben. Auf die Äußerungen Gollwitzers zur Stellungnahme Gerstenmaiers eingehend, räumte er diesem das Recht zur Kritik ein. Sein Urteil sei zwar nicht geschmackvoll, aber auch nicht diffamierend gewesen. Dagegen bezeichnete von der Gablentz die Äußerungen von Pastor Mochalski als diffamierend für Kirche und Volk.

Landesbischof Lilje machte auf die unterschiedliche Beurteilung der Pariser Verträge in der Frage des Wehrdienstes und vielleicht auch in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands unter den Synodalen aufmerksam. Es hieße die Synode überfordern, wenn sie die Frage beantworten sollte, wo die wirklichen theologischen Unterschiede lägen. Lilje trat für eine reine Verkündung des Evangeliums ein. Die Predigten sollten frei von „Nebengeräuschen“ sein.

Bundesministers Tillmanns beschwor die Gegner der Pariser Verträge in der Synode, der Bundesregierung abzunehmen, daß sie bei ihren außenpolitischen Entscheidungen nicht leichtfertig handle. Tillmanns wandte sich gegen den Vorwurf, daß die für die Regierungspolitik Verantwortlichen nicht an die Brüder im Osten dächten.

Thadden: Nicht nach einer Schablone

Der frühere hessische Kultusminister Metzger forderte die Synodalen auf, den guten

Glauben auch denen zuzubilligen, die gegen die Präsiser Verträge stimmten. Man dürfe dem, der verhandeln wolle, nicht den Vorwurf machen, daß er bereits auf dem Wege zum Bolschewismus sei. Bevor man ins Dunkel gehe und das Risiko der Wiederaufrüstung auf sich nehme, sollte man die Sowjets beim Worte nehmen und ernsthaft verhandeln.

Kirchentagspräsident Dr. von Thadden-Trieglaff forderte, bei der Suche nach dem Gespräch zwischen Ost und West nicht nach einer Schablone des Denkens zu verfahren. Man müsse auch Möglichkeiten suchen, die Machthaber in der Sowjetzone unmittelbar anzureden. Es müßten alle Gelegenheiten, die die eigentümliche Situation offenlasse, zu einem Gespräch benutzt werden. Er wies darauf hin, daß die Evangelische Kirche sich nicht in die Rolle des Zuschauers drängen lassen dürfe.

Der hessische Kirchenpräsident D. Niemöller erklärte zur Kriegsdienstverweigerung, daß diese Frage dringend einer theologischen Klärung bedürfe. „Wenn die Kirche sich jetzt nicht darum kümmert, werden wir später die jungen Kriegsdienstverweigerer bei der Internationale der Kriegsdienstverweigerer suchen müssen.“

Die Generalsynode nahm in den Abendstunden einen Antrag an, in dem die Kammer für öffentliche Angelegenheiten aufgefordert wird, Grundsätze für das öffentliche Auftreten von evangelischen Christen auszuarbeiten. In einem anderen Antrag wird der Rat gebeten, alle möglichen Kontakt- und Hilfsmaßnahmen zwischen den beiden Zonen auszunutzen.

Ein Wort zur Wiedervereinigung

Mit einem Appell an die Mächtigen und Verantwortlichen in der Welt, dem deutschen Volk ein gemeinsames Leben in Freiheit zu ermöglichen und die widernatürliche Zerreißen Deutschlands zu beenden, hat die Synode am Freitag ihre sechstägigen Beratungen abgeschlossen. Die evangelischen Christen Deutschlands wurden aufgefordert, für den Frieden unter den Völkern zu beten und für ihn einzutreten. Die Synode wisse sich mit allen Christen der Welt zu Taten des Friedens gerufen und verabscheue jeden Gedanken an eine Lösung der gegenwärtigen Spannungen durch Krieg. Sie sei nicht in der Lage, in der Vollmacht der Kirche den politischen Weg aufzuzeigen, der die Wiedervereinigung verbürge. Daß die Ansichten über die gebotenen Wege auseinandergingen, bereite der Synode große Not. Keinem Christenmenschen werde das Recht bestritten, aus politischer Verantwortung seine Stimme in der Öffentlichkeit zu erheben. Die Pfarrer würden jedoch als Diener des göttlichen Wortes gebeten, bei solchem Tun ihr Amt zu bedenken und nicht durch Vermischung göttlicher und menschlicher Rede falsches Aergernis zu geben.

Die Synode beschloß, den Rat der Evangelischen Kirche zu beauftragen, einen Ausschuß von Sachverständigen und Synodalen zu bilden, der sich mit dem Problem des Rechtsschutzes für Kriegsdienstverweigerer aus Gewissensgründen gründlich befassen soll. Der Rat der Kirche wurde beauftragt, bei der Regierung der DDR in Ost-Berlin nachdrücklich vorstellig zu werden, damit die DDR eine

ähnliche Bestimmung für Kriegsdienstverweigerer in ihre Verfassung aufnimmt, wie sie im Grundgesetz der Bundesrepublik bereits verankert ist. Die Landeskirchen wurden aufgefordert, die bisherigen Ansätze kirchlicher Mitarbeit an den Fragen des beruflichen und öffentlichen Lebens nachhaltig zu fördern. Eine von Gruppenegoismus und Haß zerrissene Gesellschaft warte darauf, daß die Christen durch ihre Mitarbeit den Willen Gottes in den weltlichen Gliederungen der menschlichen Gesellschaft bezeugten. Für die Reform der Theologenausbildung empfiehlt die Synode eine stärkere Herausstellung der sozialen Ethik im theologischen Studium.

Heinemann: Umbesetzung, nicht Verdrängung

Bischof D. Lilje (Hannover) erklärte am Freitag zu dem Telegramm Nuschkes, dieser verkenne, daß die Synode als eine politisch völlig unabhängige Körperschaft mit der Wahl ihres Präses einen nichtpolitischen Akt vollziehe. Heinemann erklärte, beide politischen Seiten sollten sich aus den Entscheidungen der Kirche heraushalten. Er würde es sehr bedauern, wenn sich das Verhältnis zwischen Staat und Kirche in der Sowjetzone auf Grund von Entscheidungen der Synode trüben sollte. Seine Nichtwiederwahl als Präses empfinde er angesichts der fast einstimmigen Wahl in den Rat der Kirche weniger als Verdrängung, denn als eine Umbesetzung innerhalb des entscheidenden Gremiums der Evangelischen Kirche in Deutschland. Die Wiedervereinigung „herbeizuführen“, sei Sache der politischen Instanzen: Die Synode habe die innere Einheit der evangelischen Christenheit in Deutschland stark bekräftigt. Dr. Heinemann teilte mit, daß er zusammen mit dem Ratsvorsitzenden, Bischof Dibelius, vom 19. bis

Die Neuordnung der Schule

Der Deutsche Ausschuß zum Schulabkommen

schläge von Erzieherverbänden und die Entschliefungen von Tübingen und Weinheim vor, in denen Ansätze zu einer wirklichen Neuordnung sichtbar geworden seien. Der